

LESERINNENPOST

taz bremen | Pieperstr. 7 | 28195 Bremen | briefe@taz-bremen.de | www.taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

Mehr als Lohnerhöhung

■ Betr.: „Der große Kampf“, taz.bremen vom 4. 2.

Ich finde es sehr schade, dass Sie völlig unterschlagen, dass wir als IG Metall nicht nur die 5,5 Prozent fordern. Wir sind für zwei mehr als wichtige soziale Forderungen auf der Straße. Wir fordern einen fairen Übergang unserer Mitglieder in den Ruhestand, nämlich eine faire Altersteilzeit. Zusätzlich sind wir beim Thema Qualifizierung aktiv. Wir fordern vom Arbeitgeber eine „Bildungsteilzeit“ (...) Zum Thema Abmahnungen und IG Metall: Wir als Vertrauenskörperleitung – die IG Metall im Betrieb – haben schon Anfang Januar mit den Vertrauensleuten beraten, wie wir weiter verfahren. Wir haben für alle Abgemahnten entsprechende „Widersprüche“ vorbereitet, die jedem gemeinsam mit dem Kündigungsausschuss des Betriebsrates zur Verfügung gestellt wurden. Natürlich haben wir die Kolleginnen und Kollegen entsprechend zu ihrem weiteren Vorgehen beraten. Dazu haben wir innerhalb unserer Gewerkschaft nicht nur einen Rechtssekretär eingebunden. Zusätzlich haben wir eine Unterschriftenaktion der Belegschaft vorbereitet und gemeinsam durchgeführt. Die dabei gesammelten über 5.000 Unterschriften haben wir im Rahmen unserer Vertrauensleuteversammlung gemeinsam mit unserem 1. Bevollmächtigten, dem Verantwortlichen der Personalabteilung übergeben. Auch weiterhin hat dieses Thema für uns Priorität. **RALF WILKE, 1. Vorsitzender der IG Metall und Vertrauenskörperleitung bei Mercedes Benz**

Schlimmes Demokratieverständnis

■ Betr.: „Neuer Streit an alten Fronten“, taz.bremen vom 3. 2.

Es wäre gut gewesen, wenn es endlich mal eine sachliche und inhaltliche Berichterstattung über die Nakba-Ausstellung in Ihrer Zeitung gegeben hätte. Stattdessen kommen schon wieder im Vorfeld die Gegner der Ausstellung zu Wort und die Anschuldigungen werden von Ihnen kritisch übernommen. Weshalb wehrt sich eine bestimmte „Lobby“ so vehement dagegen, dass die historische Tatsache, die Flucht und Vertreibung der Palästinenser, nicht an die Öffentlichkeit kommt? Welches Demokratieverständnis! Mit dem Vorwurf des „Antisemitismus“ soll jede sachliche Geschichtsaufarbeitung im Keim erstickt werden. Wer hat daran ein Interesse? Doch wohl nur der Staat Israel. Die Palästinenser sind auch Semiten. Wer sind denn nun die Antisemiten? Diese Frage müsste sich jeder stellen, der dieses Wort, ob bewusst oder auch nur gedankenlos, benutzt. **GISELA VORMANN, Bremen**

Armselige Stimmungsmache

■ Betr.: „Neuer Streit an alten Fronten“, taz.bremen vom 3. 2.

Der Autor behauptet: „Umstritten ist die Ausstellung ...wegen dem, was sie nicht zeigt: 1. „...dass nach der Staatsgründung auch JüdInnen aus den umliegenden arabischen Staaten vertrieben wurden.“ Diese Behauptung ist falsch. Die Karte 12 auf Tafel 9 der Ausstellung greift die Thematik unter dem Titel „Bevölkerungsbewegung 1948-1951“ auf. Allerdings nimmt die Ausstellung nicht die vom Verfasser geforderte Bewertung vor. 2. „...dass auch palästinensische Milizen Massaker verübten.“ Auch diese Behauptung ist falsch. Tafel 4 spricht eindeutig von „blutigen Überfällen“ auch auf „jüdische Siedlungen“ (...). 3. „...oder dass die Flüchtlinge in den arabischen Nachbarländern bis heute als politische Waffe gegen Israel vorgehalten werden.“ Auch das ist falsch. Richtig ist vielmehr, dass auf den Tafeln 10 und 11 die Situation der palästinensischen Flüchtlinge in den arabischen Aufnahmeländern unbeschönigt geschildert wird. Die Ausstellung nimmt allerdings auch hier nicht die vom Verfasser geforderte Bewertung vor. Neben diesen falschen Behauptungen wird gezielt durch Überschriften (...) und Hervorhebungen im Text (...) Stimmung gegen die Ausstellung gemacht, anstatt objektiv zu berichten. Zudem wird als einer von insgesamt zwei Kronzeugen gegen die Ausstellung eine anonyme „Gruppe c3“ ins Feld geführt, für die sich auch im Internet kein Verantwortlicher ausmachen lässt. Diese Art von Berichterstattung finde ich in der Tat armselig. **INGRID RUMPF, Pfullingen**

Hetze selbst im Kindergarten

■ Betr.: „Der Hassprediger“ und „Der Pegida-Pastor“, taz.bremen vom 29. und 31.1.

Sehr geehrter Herr Latzel, für mich sind Ihre Äußerungen zu anderen Religionen unerträglich und Sie haben sich meines Erachtens nicht nur im Ton vergriffen. (...) Es passt leider zu den Entgleisungen, die im Kindergarten meines jüngeren Sohnes passiert sind, indem Sie die Kinder bei einer Ansprache zum Sommerfest wiederholen ließen, dass sie den Eltern erzählen sollten, dass Abtreibung Mord ist. Später darauf angesprochen, legten Sie noch nach und ließen sich zu Äußerungen hinreißen, dass die Abtreibungen schlimmer sind als die Ermordung der Juden im 3. Reich, oder für Sie das Grundgesetz nicht wichtig ist, für Sie zähle nur das Wort Gottes. (...) Sich auf eine Mehrheit in Ihrer Kirchengemeinde zu berufen, halte ich für völlig unangemessen. Ihre Haltung ist doch gefragt (...) und keine halben Entschuldigungen, die keine sind, oder gar gewollte oder ungewollte Provokationen. (...) **GERRIT LOHMANN, Bremen**

Sportgeräte statt Kultur

RAUM Dem „Alten Sportamt“ auf dem Peterswerder droht die Schließung: Der soziokulturelle Verein muss voraussichtlich Platz für ein Gerätelager machen

VON JAN-PAUL KOOPMANN

Das selbstverwaltete Kulturzentrum „Altes Sportamt“ auf dem Peterswerder macht Winterpause: Künstlerateliers, Theaterproberaum und Flure sind leergeäumt, einzig im Umsonstladen liegen noch unverschenkte Klammotten und Bücher. Ob es im kommenden Sommer eine weitere Saison geben wird, ist allerdings noch ungewiss. Denn anstelle von Kunstprogramm, Café und Partys könnte das Gebäude dann eingelagerte Sportgeräte beherbergen.

Entschieden wird das derweil von der städtischen Verwaltungsgesellschaft „Immobilien Bremen“ (IB). Das Gebäude stand viele Jahre leer, bis der Verein „Klapstul“ kam. Seit 2011 ist er Zwischennutzer des Gebäudes – aktiv allerdings nur in den Sommermonaten, weil das Gelände nahe des Weserstadions als ausgewiesenes Überschwemmungsgebiet im Winter nicht genutzt werden darf.

Im vergangenen Sommer haben rund 30 Aktive im Alten Sportamt Veranstaltungen für unzählige BesucherInnen gemacht – eine bunte Mischung aus Szenepublikum, DeichspaziergängerInnen bis hin zu Menschen, die anderswo als MigrantInnen oder Mittellose nicht reinkämen. „Uns war immer wichtig, den Zugang niedrigschwellig zu halten“, sagt eine der BetreiberInnen. Darum kosten die Veranstaltungen grundsätzlich keinen Eintritt.

So sonderbar es klingen mag, solch einen Ort für ein Sportgerätelager aufzulösen: Es geht bei diesem Vorstoß offenbar nicht darum, den Verein loszuwerden: Er genießt einen guten Ruf in Nachbarschaft und Politik – und grundsätzlich gewollt ist die Zwischennutzung von Leerständen durch solche Gruppen sowieso. Immerhin arbeitet die 2009 gegründete ZwischenZeitZentrale (ZZZ) längst in offiziellem Auftrag, wenn sie neben zahlreichen weiteren Projekten auch das „Al-



Aus dem „Alten Sportamt“ soll ein Lagerraum werden Foto: Jan-Paul Koopmann

te Sportamt“ an vorübergehende NutzerInnen vermittelt.

Es sieht hier eher nach den nüchternen Wegen eines Verwaltungsapparats aus, der „die ursprünglich für dieses Gebäude vorgesehenen Nutzergruppen bevorzugt berücksichtigen“ muss, wie die Baubehörde dem Klapstul-Verein mitteilte. Und der Weg vom Sportamt zu Lageraum für Sportgeräte scheint dann kürzer zu sein als jener zum Kulturzentrum.

Nun liegt es freilich in der Natur von Zwischennutzungen, dass sie irgendwann auch wieder vorbei sind. Verärgert sind die Kulturschaffenden allerdings auch eher, weil niemand mit ihnen spricht: Über das Lager hatten sie zunächst nur Gerüchte gehört. Dass der Plan für die neue Nutzung „grundsätzlich richtig“ sei, hat ihnen die Baubehörde erst auf Nachfrage bestätigt. „Denen ist egal, ob wir's als Letzte mitbekommen“, sagt der Verein zur taz. „Die halten uns hin.“

In jeder der vergangenen Winterpausen mussten die Zwi-

schennutzerInnen zittern, bis das Verlängerungsverfahren durch war: Erst prüfte die Baubehörde, ob eine weitere Nutzung geduldet werden konnte, dann musste Immobilien Bremen den Startschuss geben. Im vergangenen Jahr ist das erst im April passiert: „Wenig Zeit, um ein Programm auf die Beine zu stellen“, sagen die NutzerInnen.

Von IB hat der Verein in diesem Jahr noch keine Auskunft erhalten. Im internen Schriftverkehr der Verwaltung hieß es al-

Selbst wenn es noch einmal gut gehen sollte, haben die Sportamt-NutzerInnen nach vier Jahren keine große Lust mehr auf Perspektivlosigkeit und Planungsunsicherheit

lerdings schon im Dezember, dass „alles Vertragsrelevante“ für eine Vergabe in Erbpacht vorbereitet werde – für den Klapstul-Verein stünde das Sportamt ab Frühjahr „wahrscheinlich nicht mehr zur Verfügung“. Zum offiziellen Stand der Prüfungen konnten sich die SprecherInnen von Baubehörde und IB vor dem Wochenende aber auch gegenüber der taz nicht äußern.

Aufgeben wollen die NutzerInnen indes noch nicht: „Im Konflikt Kulturzentrum vs. Lagerraum fühlen wir uns ganz gut aufgestellt“, sagt einer, der von Anfang an dabei war. Aber selbst wenn es noch einmal gut gehen sollte, haben die Sportamt-NutzerInnen nach vier Jahren keine große Lust mehr auf Perspektivlosigkeit und Planungsunsicherheit. Die Zwischennutzung war auch für sie eine Notlösung: als ihr einziges Mittel, der Privatisierung des öffentlichen Raums etwas entgegenzusetzen. Raus aus der Zwischennutzung wollen sie eigentlich auch selbst – nur aus dem Sportamt nicht.

Applaus für Martini-Pastor

KIRCHE Der Vorstand der evangelischen St.-Martini-Gemeinde stellt sich hinter den fundamentalistischen Pastor Olaf Latzel. Den macht die Evangelische Kirche Deutschland „ganz traurig“

In einem von der Polizei geschützten Gottesdienst hat sich gestern der Vorstand der St.-Martini-Gemeinde hinter seinen umstrittenen Pastor Olaf Latzel gestellt. Vorstand und Gemeinde seien dankbar für die klare und bibelorientierte Wortverkündigung ihres Pastors, heißt es in einer Stellungnahme von Vorstandssprecher Jürgen Fischer, die am gestrigen Sonntag an die über 500 BesucherInnen der Kirche verteilt wurde.

In einer Predigt vor drei Wochen hatte der streng konservative Theologe Latzel das islamische Zuckerfest als „Blödsinn“, Buddha als „dicken, fetten Herrn“, die Lehre der katholischen Kirche als „ganz großen Mist“ und Reliquien als „Dreck“ bezeichnet. Gott sage dazu: „umhauen, verbrennen, hacken,

Schnitte ziehen“ (die taz berichtete).

Die Predigt, so Fischer, hat sich nicht gegen andere Religionen gerichtet, sondern kritisiert eine Religionsvermischung, die sich in Kirche und Gesellschaft ausbreitet. „Den Vorwurf, wir würden andere Religionen verhöhnern, weisen wir mit aller Ent-

Vorstand und Gemeinde seien dankbar für die klare und bibelorientierte Wortverkündigung ihres Pastors, so der Martini-Vorstandssprecher

schiedenheit zurück.“ Aus der Bibel geht allerdings hervor, dass der Gott der Bibel nicht der Gott des Korans sein kann, heißt es weiter. „Das Feiern gemeinsamer Gottesdienste oder Gebete mit Imamen oder Vertretern anderer Religionen ist daher nicht möglich.“ Auch Glücksbringer, Buddha-Statuen oder Reliquienverehrung gehörten nicht zum evangelischen Christen. Das bedeute aber nicht, dass die Martini-Gemeinde und Pastor Latzel anderen Religionen nicht respektvoll begegneten.

PastorInnen, die sich in den vergangenen Tagen mit Erklärungen und einer Protestaktion von Latzel distanziert hatten, kritisierte Fischer scharf. Sie müssten sich fragen lassen, ob sie sich noch Gott und dem biblischen Bekenntnis verbunden fühlten.

Latzel selbst bezeichnete in seiner gestrigen Predigt die vergangene Woche als „nicht vergnügungssteuerepflichtig für mein Leben.“ Mit Blick auf die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) werde er „ganz traurig“. Sie sei zwar gesellschaftlich und diakonisch aktiv. Aber „eine Kirche, die nicht austretet das Wort Gottes, die verhungert“. Von der Martini-Gemeinde wurde Latzel nach dem Gottesdienst mit anhaltendem Beifall bedacht.

Viele Mitarbeitende der bremischen evangelischen Kirche (BEK) fordern disziplinarische Konsequenzen gegen Latzel. Die Staatsanwaltschaft prüft den Anfangsverdacht einer Straftat wie Volksverhetzung oder Beschimpfung einer Religionsgemeinschaft. (epd/ taz)